

«Die Nerven liegen tatsächlich blank»

Peter V. Kunz fürchtet, dass die Mitteparteien wegen des UBS-Vertrags den Kopf verlieren

INTERVIEW: RUEDI STUDER, Bern

Die SP stellt Bedingungen für ihr Ja zum UBS-Vertrag – und das Finanzdepartement signalisiert Entgegenkommen (siehe Kasten). Der Wirtschaftsrechtsexperte Peter V. Kunz (45) von der Universität Bern warnt vor einem Geschäft mit der SP. «FDP und CVP sollten nun ruhig Blut bewahren», sagt er.

BaZ: Herr Kunz, bisher ist die SP mit ihren Vorstössen für strengere Boniregeln gescheitert. Mit Blick auf den Entscheid über den UBS-Vertrag scheint das linke Powerplay nun zu funktionieren.



PETER V. KUNZ: Da wäre ich noch zurückhaltend. Ob sich die SP mit ihren Forderungen tatsächlich durchsetzt, bezweifle ich. Wieso?

Die Forderung nach einer Bonisteuer ist zwar populär, stünde aber völlig quer in der juristischen Landschaft – zumindest, wenn nur die Banker betroffen wären.

SP-Ständerin Anita Fetz fordert eine Art indirekte Steuer, wonach Löhne über 1,5 Millionen Franken nicht mehr als Geschäftsaufwand abgezogen werden könnten – in allen Branchen.

Eine solche Regelung wär international singular und ist politisch wohl chancenlos. Denn damit würden höhere Löhne quasi verboten. Zudem liegt auch diese Idee quer in der juristischen Landschaft: Entweder ist ein Abzug geschäftsmässig begründet oder nicht. Ich halte nichts davon.

Trotzdem hegt Finanzminister Hans-Rudolf Merz neuerdings gewisse Sympathien für den Fetz-Vorschlag.

Solche Sympathien zeigt er vermutlich nur, weil die Banker momentan im Gegenwind sind. Ein ernsthafter Vorschlag ist aber aus der Bundesverwaltung nicht zu erwarten, die müsste ja einen doppelten Salto machen.

Mit Blick auf den UBS-Vertrag liegen die Nerven bei Merz und den bürgerlichen Mitteparteien offenbar aber blank.

Da liegen die Nerven tatsächlich blank. Unverständlicherweise! Ich fände es total daneben, wenn die Bürgerlichen auf die SP-Forderungen eingehen und aus einer unbegründeten Angst heraus Karotten und Tomaten in den gleichen Kuchen mischen würden.

Dann sollen FDP und CVP von einem Deal mit der SP die Finger lassen?

Genau. Und damit das Risiko eines Scheiterns des UBS-Vertrags im Parlament eingehen? Die Wirtschaftsverbände warnen einhellig vor den wirtschaftlichen Konsequenzen.

Deren Befürchtungen teile ich absolut nicht. Momentan wird ein unver-



Neuer Ansatz. Wirtschaftsrechtler Kunz fordert, dass Banken wie die UBS – und nicht die Banker – besteuert werden. Foto Key

hältnismässiges Schreckensszenario gezeichnet. Wenn der Vertrag abgelehnt wird, geht die Schweiz deswegen nicht unter. Dass die USA existenziellen Druck auf die Banken und die restliche Wirtschaft machen würden, bezweifle ich doch sehr. Die Schweiz hat sich nämlich nie verpflichtet, die 4450 Kundendossiers herauszugeben, sondern nur, die entsprechenden Verfahren durchzuführen. Was darauf folgt, lässt der Vertrag offen. Die Schweiz hat nie eine Erfolgsgarantie abgegeben. Die USA haben schlicht einen für sie schlechten Vertrag ausgehandelt.

Und wenn die USA doch Druck machen?

Im schlimmsten Fall könnte der Bun-

desrat die Daten immer noch im Notrecht herausgeben. Dies wäre rechtsstaatlich der richtige Weg.

Aber nicht gerade schön.

Ebenso unschön, wie wenn das Parlament den Vertrag im Nachhinein absegnen. Ich glaube nämlich nicht, dass dieses Vorgehen juristisch «verheben» würde. Dies wegen des Verbots der Rückwirkung. Mit weiteren Prozessen ist in diesem Fall also zu rechnen.

Dann blufft die SP derzeit also?

Nein. Sie geht wohl selbst von einem Schreckensszenario aus und versucht die Gunst der Stunde für sich zu nutzen. Und ich fürchte, dass die Mitteparteien den Vertrag gar nicht gelesen haben, sich nun von Schreckens-

szenarien einschüchtern lassen und den Kopf verlieren. Dazu besteht aber absolut kein Grund. FDP und CVP sollten nun ruhig Blut bewahren.

Und alles beim Alten lassen.

Das nicht. Unabhängig vom UBS-Vertrag erachte ich eine Lenkungssteuer für die Banken und ihr Risikoverhalten als richtige Massnahme. Es braucht entweder eine Sondersteuer für Grossbanken, damit weniger Fremdkapital eingesetzt wird, oder eine Stabilitätsabgabe für systemrelevante Banken, die eine unentgeltliche, faktische Staatsgarantie genießen. Klar ist aber: Man muss die Bankinstitute besteuern anstelle der Banker. Vom Finanzdepartement erwarte ich entsprechende Vorschläge.

SP mit dem Entgegenkommen von Hans-Rudolf Merz nicht zufrieden

«DOPPELSPIEL». Nun will auch Finanzminister Hans-Rudolf Merz die Banken härter anpacken – zumindest ein bisschen. Sein Finanzdepartement (EFD) prüft den Vorschlag, dass sehr hohe Löhne nicht mehr als geschäftsmässiger Aufwand gelten sollen. Dadurch würden hohe Boni für Unternehmen steuerlich unattraktiv, weil sie diese nicht mehr vom Unternehmensgewinn abziehen könnten. EFD-Sprecher Roland Meier bestätigte gestern auf Anfrage entsprechende Medienberichte. Die Idee stammt von der Basler SP-Ständerin Anita Fetz. Sie hatte per

Motion verlangt, dass Gehälter über 1,5 Millionen Franken nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein sollen. Im Februar noch hatte der Bundesrat den Vorstoss mit Verweis auf «durch die Steuersystematik bedingte Umstände» abgelehnt.

Inzwischen hat bei Finanzminister Merz offenbar ein Umdenken stattgefunden: Dieser stehe der Motion «mittlerweile wohlwollend gegenüber», sagte EFD-Sprecher Meier. Merz sei bereit, den Vorschlag zu prüfen.

Für die SP selber ist dies zwar ein Schritt in die richtige Richtung, allein

damit lässt sie sich aber nicht abspesen: Sie knüpft ihre Zustimmung zum UBS-Staatsvertrag weiterhin an die Bedingungen, dass die Eigenkapitalvorschriften für Banken verschärft werden und auf Boni eine Sondersteuer von 8,5 Prozent erhoben wird, wie es in einer Stellungnahme der Partei heisst. Parteipräsident Christian Levrat wirft dem Bundesrat ein «Doppelspiel» in Sachen Boni vor. «Öffentlich beklagen Bundesräte die Lohnexzesse, letztlich aber verschliessen sie sich griffigen Massnahmen», sagte Levrat gestern auf Anfrage der BaZ. SDA/bre

Da warens nur noch zwei

Nach der EBM verzichten auch Groupe E und Romande Energie auf das Kohlekraftwerk Brunsbüttel

BENEDIKT VOGEL, Berlin

Fünf Energieunternehmen aus der Schweiz wollten sich am Steinkohlekraftwerk im norddeutschen Brunsbüttel beteiligen. Drei Partner haben sich wieder verabschiedet – und bringen damit das Projekt ins Wanken.

Den Anfang machte im Februar die Baselbieter Energieversorgerin Elektra Birseck Münchenstein (EBM). Nach anhaltender Kritik von Umweltschützern verzichtete die EBM auf die Beteiligung am kohlebefeuernten Grosskraftwerk Brunsbüttel. Gestern zogen die Westschweizer Stromunternehmen Groupe E und Romande Energie nach. Auch sie machen einen Rückzieher.

Das neue Kohlekraftwerk unweit von Hamburg ist ein Vorhaben der Südweststrom

Kraftwerk GmbH, einem Zusammenschluss deutscher Stadtwerke. Für drei Milliarden Euro plant Südweststrom zwei Kraftwerkblöcke mit je 900 Megawatt (MW) Leistung. Die EBM wollte sich daran mit 30 MW beteiligen, Groupe E und Romande Energie mit jeweils 50 MW.

«GUTES PROJEKT». Nach der gestrigen Ankündigung bleiben von fünf Schweizer Interessenten noch zwei: die Bündner Stromgesellschaft Repower (bisher: Rätia Energie), und die St. Galler Stromproduzentin und -händlerin SN Energie AG, hinter der sieben Ostschweizer Städte stehen. Beide Unternehmen wollen am Kohlekraftwerk Brunsbüttel festhalten, wie sie gegenüber der

BaZ betonten. Repower möchte in Brunsbüttel dereinst 200 bis 400 MW Kohlestrom zapfen, SN Energie 20 MW.

Beide Unternehmen stehen wegen der geplanten Beteiligung an der CO₂-Schleuder zwar ebenfalls in der Kritik. Für sie ist Brunsbüttel aber weiterhin ein «sehr gutes Projekt», weil dank des Neubaus «mit weniger Kohle mehr Strom» produziert werden könne, wie Repower-Sprecher Werner Steinmann gestern zur BaZ sagte. Der Standort an der Elbe garantiere einen effizienten Betrieb.

GEBUNDEN. Wenn man Südweststrom glaubt, ist das Kohlekraftwerk in Brunsbüttel durch das erlahmende Interesse von Schweizer Stromversor-

gern nicht gefährdet. «Wir dauern den Ausstieg der beiden Westschweizer Unternehmen natürlich», sagte Unternehmenssprecherin Kerstin Philipp gestern zur BaZ, «für das Projekt stellt das aber keine Gefährdung dar.»

Laut Philipp können die abtrünnigen Firmen ihre Beteiligungen nämlich nicht zurückgeben. Vielmehr müssten sie diese weiterverkaufen. Damit würden neue Energieunternehmen an die Stelle der bisherigen Partner treten. Bislang sind rund 90 Stromversorger aus Deutschland, Österreich und der Schweiz am Kraftwerksprojekt beteiligt.

Anders als Südweststrom sieht Clemens Hasler, Geschäftsleiter der St. Galler SN Energie, durchaus eine Gefahr

für das Vorhaben. Für ihn ist nicht ausgeschlossen, dass Brunsbüttel von zwei auf einen Kraftwerksblock redimensioniert werden muss, sollten weitere Partner aussteigen.

VORGESCHOBEN. SN Energie selber will an dem Kraftwerk festhalten. «Unverständlich» findet Hasler die Begründung, mit der sich Groupe E und Romande Energie gestern aus dem Projekt verabschiedet haben. Die von den beiden Unternehmen kritisierten Änderungen des Finanzierungsmodells könnten kaum den Ausschlag gegeben haben, da die Modalitäten der Finanzierung zurzeit noch gar nicht feststünden. Der Rückzug sei wohl eher durch die CO₂-Debatte zu erklären, vermutete Hasler.

nachrichten

Sprengarbeiten am Ceneri-Basistunnel

VEZIA. Am Südportal des Ceneri-Basistunnels in Vezia bei Lugano haben die Mineure am Montag mit Sprengarbeiten begonnen. Die ersten 300 Meter des Tunnels werden durch konventionellen Sprengvortrieb ausgeführt und dauern voraussichtlich bis Mitte 2012. In der Regel würden an Wochentagen ein bis zwei Sprengungen pro Tag ausgeführt, teilte die AlpTransit Gotthard AG am Montag mit. Der kommerzielle fahrplanmässige Betrieb des Ceneri-Basistunnels ist auf Ende 2019 geplant. Mit einer Länge von 15,4 Kilometern ist der Ceneri-Basistunnel nach dem Gotthard- und dem Lötschberg-Basistunnel das drittgrösste Tunnelprojekt in der Schweiz. SDA

Neuer Firmenauftritt des Flughafens Zürich

ZÜRICH. Die Flughafen Zürich AG tritt ab Mitte April nicht mehr unter dem Markennamen «Unique» auf. Dieser war vor zehn Jahren eingeführt worden. Künftig setzt die Betreiberfirma des grössten Schweizer Flughafens einzig auf die Marke «Flughafen Zürich». Die Umstellung erfolgt am 15. April, wie Unique-Sprecherin Jasmin Bodmer am Montag sagte. Ab diesem Tag wird das neue Logo mit blau-schwarzer Schrift verwendet. SDA



Das Aus für rollende Küchen

BERN. Für die legendären Rottenküchen der SBB schlägt die letzte Stunde. Die rollenden Küchenwagen für die Geleisearbeiter werden nach und nach durch moderne Mannschaftscontainer ersetzt. Dies kostet die SBB 1,6 Millionen Franken. Die Rottenküchen werden mit dem bestehenden Personal während rund zehn Jahren weiterbetrieben und im Rahmen der natürlichen Fluktuationen schrittweise zurückgebaut. Für die Mitarbeitenden wurde ein Sozialplan erarbeitet. Grund für die Umstrukturierungen seien die rückläufige Nachfrage nach Mahlzeiten aus Rottenküchen sowie verkürzte Bauphasen, teilte die SBB am Montag mit. SDA

Bäuerliche Einkommen gehen zurück

BERN. Die bäuerlichen Einkommen sind 2009 von 64 100 auf 61 800 Franken gesunken und damit erstmals seit 2006 wieder rückläufig. Dies ergaben die ersten Auswertungen der Vorjahreszahlen durch die Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon (ART). Die Direktzahlungen, für sich allein betrachtet, stiegen mit einer Zunahme um 11,7 Prozent allerdings stark an. SDA

Kolumbianerin auf Friedensmission

BERN. Die kolumbianische Senatorin Piedad Córdoba ruft die Schweiz und die internationale Gemeinschaft dazu auf, eine politische Verhandlungslösung des bewaffneten Konfliktes in ihrem Heimatland zu unterstützen. Sie propagiert einen humanitären Austausch von Gefangenen. «Es ist wichtig, dass sich die internationale Gemeinschaft über die gravierenden Folgen des bewaffneten Konfliktes in Kolumbien im Klaren ist», sagte die 55-jährige Piedad Córdoba am Montag. SDA